

Paroli

Extra-Ausgabe
Bundestagswahl

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Bundestagswahl
extra
September 2017

Wir brauchen einen Politikwechsel

Interview mit der Wahlkreiskandidatin der LINKEN Elisabeth Kula

Lise, du bist voll im Wahlkampfstress?

Sagen wir mal so, ich nutze jede Gelegenheit, eine wirkliche politische Alternative bei den Wahlen aufzuzeigen. Ich komme viel rum, diskutiere auf Podien oder am Info-Stand, gehe in Schulen und Versammlungen. Da erfahre ich ganz konkret von unsicheren Jobs, von Schief lagen in der Ausbildung, von maroden Schulgebäuden, von unbezahlbaren Wohnungen. Und dann treffe ich auf die Vertreter anderer Parteien, die sagen: Ist doch alles gut so, hierzulande – wie die CDU. Dann sagt die SPD – wir wollten ja mehr, aber wir können nicht, wegen der CDU. Dann kommen die Grünen, denen ein wenig die Puste ausgegangen zu sein scheint.

Dann doch eher Langeweile pur?

Den Eindruck habe ich. Daneben betreibt aber der CDU-Innenminister ganz unverfroren Verschärfungen gegen Geflüchtete und Abbau demokratischer Rechte. Das macht mich ganz kribbelig. Ich will etwas verändern, will mehr Gerechtigkeit, will, dass die Menschen eine würdige Lebensperspektive haben. Also her mit der Power für eine andere Politik. Ich will keine Armutsverwaltung.

Was heißt das konkret an einem Beispiel?

Nehmen wir einen Mann oder eine Frau mittleren Alters. Ausgebildet. Arbeitet aber in einem schlecht bezahlten Job – zum Beispiel als Busfahrer in Marburg. So jemand schuffet in Schichtarbeit, hat vielleicht noch einen Nebenjob, hat Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Oder nimm einen wissenschaftlichen Angestellten mit immer wieder befristeten Arbeitsverträgen. Oder einen Facharbeiter ständig in Leiharbeit. Sie alle haben heute zu knapsen und vor sich eine Rente, die ihnen Altersarmut



Foto: Pixelliegern

beschert. Das ist beschämend und ein Armutszeugnis für eine reiche Gesellschaft – und ihre Parteien. Und da reicht mal hier und mal da kein kleines Pflaster. Wir brauchen gute und öffentlich finanzierte Ausbildung und wertgeschätzte Arbeit – auch finanziell. Wir brauchen keine Dauerleiharbeit und -befristung, wir brauchen ein soziales Gesundheitssystem und ein abgesichertes Alter.

Jetzt sagst du noch, wie DIE LINKE das erreicht.

Moment, eine wichtige Voraussetzung fehlt noch. Es wird immer betont, dass wir 70 Jahre Frieden haben. Stimmt und ist gut so. Aber vor allem außerhalb Europas brennt die Welt an vielen Orten. Es gibt den Plan für eine europäische Armee und massive Aufrüstung. Eine soziale Gesellschaftspolitik muss

sich dagegen vehement für Frieden und Abrüstung einsetzen. Übrigens die besten Mittel gegen Rechtsradikalismus und Rassismus.

Und jetzt verrate ich dir, wie das geht. Wir brauchen einen Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel. Wir brauchen eine Partei, die sich mit den Reichen und Mächtigen anlegt, die innerhalb der Parlamente dafür streitet und mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammengeht und die bei der Bundestagswahl stark zulegt. Rate mal, wer das ist.

Renate Bastian sprach mit Lise Kula.

Gastkommentar

Die Wahl und der Frieden

Von PD Dr. Johannes M. Becker,
Friedensforscher

Glaut man den einschlägigen Umfragen, ist das Gros der Menschen in unserem Land recht zufrieden.

Einige Probleme sind jedoch nicht wegzudiskutieren. Die Jahrhundertunwetter ereignen sich nun etwa zweimal im Jahr. Die Terrorgefahr hat die Länder des reichen Westens erreicht. Täglich werden wir über die Medien mit Dramen von Flucht und erzwungener Migration konfrontiert. Die Spannungen mit Russland werden unverantwortlich zugespitzt. Die Welt erscheint vielen Menschen unübersichtlicher und unfriedlicher denn je.

An vielen dieser Entwicklungen ist unser Land nicht unbeteiligt. Der Westen und seine Verbündeten im Nahen Osten haben Al Qaida und den IS maßgeblich seit dem Ende der 70er Jahre selbst aufgebaut, für die verfehlte Integrationspolitik in den Vorstädten sind wir auch selbst verantwortlich. Eine Emissionswende wird von unserem System nur halbherzig angegangen (nur da, wo es sich – schlicht – „rechnet“). Die Flüchtenden kommen im absoluten Gros aus den Ländern, in denen die NATO Krieg führt. Auch den Mali-Krieg hat das Bündnis selbst verursacht: durch die Zerstörung der Infrastruktur Libyens. Und jetzt will von der Leyen den Rüstungshaushalt um 80 Prozent aufstocken! Wo eigentlich Entspannungspolitik und der Stopp allen Rüstungsexports ihre vornehmste Aufgabe im Interesse der Menschen wäre!

Die Aufgaben für eine neue Regierung liegen auf der Hand, die für eine entschiedene Opposition ebenfalls!



Jedes fünfte Kind lebt in Armut

Marburger Daten belegen, dass die soziale Schere wieder stärker auseinanderklafft

Deutschland geht es nach offiziellen Angaben gut. Aber dass die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Level seit der Wiedervereinigung sei, zählt zu den sog. Fake News. Die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer weit über der von 1991, denn fast eine Million Menschen ohne Arbeit wurde aus der Statistik entfernt.

Wenn man dann auch noch weiß, dass die mittleren Einkommen real stagnieren und die unteren zurückgegangen sind, braucht man sich nicht mehr zu fragen, warum in diesem Land, „wo wir gut und gerne

leben“, die Armut wieder zunimmt. Ende August gab das Statistische Bundesamt bekannt, dass die „Armutgefährdungsquote“ mit 15,7 Prozent auf dem höchsten Niveau seit 2006 verbleibt.

Die Fraktion der Marburger Linken hat beim Magistrat die aktuellen Zahlen für die Universitätsstadt abgefragt und festgestellt, dass nach einem langsamen Rückgang der Armutszahlen bis 2012 die Tendenz wieder nach oben zeigt.

Laut der Stadtverordneten Elisabeth Kula erklärt der stärkere Zustrom von Geflüchteten nur zum

Teil die Zunahme der Armut. Die Zahl der Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, ist zwar von 2014 bis 2016 um 466 angestiegen, aber auch die im Hartz-IV-Bezug hat um 435 auf 4.734 zugenommen. 1.378 Kinder leben in Hartz-IV-Familien, so viele wie seit 2010 nicht mehr. Die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung für Kinder aus einkommensschwachen Familien wurden 2016 von 1.487 Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen. „Das sind über 20 Prozent der 2-

bis 18-jährigen“, so Elisabeth Kula.

Die Zahl von Menschen, die wegen zu niedriger Renten Grundversicherung im Alter beantragen, nimmt schon seit Jahren stetig zu. 2016 waren es 673 Personen gegenüber 561 im Jahr 2011.

Für die Marburger Linke ist es nicht paradox, dass die Armut wächst, obwohl laut Magistrat die Zahl der in Marburg Beschäftigten seit 2011 um über 2.000 gestiegen und die Zahl der Arbeitslosen von 2.206 auf 1.754 gesunken ist.

„Dass Deutschland Exportweltmeister ist, liegt auch daran, dass prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne stark zugenommen haben und massiv zugunsten der Reichen umverteilt wurde“, so Kula. „Damit das Wachstum auch unten ankommt, müsste der Mindestlohn erhöht, das Rentenniveau wieder angehoben und eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro eingeführt werden.“ Erst dann gäbe es auch weniger Armut in Marburg. *Nico Biver*

Atomwaffenabzug nicht ernst gemeint



Foto: Hanna Hoefl

▲ Jan Schalauske (MDL) vor dem Landtag in Wiesbaden

Kürzlich forderte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. In Zeiten einer neuen nuklearen Konfrontation griff er ein wichtiges Anliegen der Friedensbewegung auf. Noch immer sind in Büchel in der Eifel rund 20 US-amerikanische Atomwaffen stationiert.

Auch die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hatte anlässlich des Antikriegstags einen Antrag eingebracht. Sie forderte die Landes- und Bundesregierung auf, sich für den Abzug der US-Waffen einzusetzen. In der Plenardebatte bekannten sich Redner von allen Fraktionen – mit Ausnahme der CDU – mehr oder weniger deutlich zu diesem Ziel. Die SPD-Landtagsfraktion feierte in der Debatte den entsprechenden Vorstoß ihres Kanzlerkandidaten. DIE LINKE hatte da-

rauf verwiesen, dass den schönen Worten der SPD auch Taten folgen müssten. Was bei der ‚Ehe für alle‘ möglich gewesen sei, müsse doch – im Zeichen weltweiter Gefahren – auch und gerade für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland gelten.

Nur wenige Tage später verhinderten SPD und CDU im Deutschen Bundestag, dass ein ähnlicher Antrag der LINKEN dort überhaupt diskutiert wurde. SPD, Grüne und LINKE hätten die Stimmen gehabt, sich mehrheitlich gegen Aufrüstung und für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.

Dieses Verhalten der SPD im Bund zeigt, dass Schulz leider nur ein vordergründiges Wahlkampfmanöver betreibt. Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit, die den Abzug der Atomwaffen will. Die

SPD hat jetzt verhindert, dass diese Mehrheit im Bundestag in praktische Politik umgesetzt werden kann. Glaubwürdige Politik sieht anders aus. *Jan Schalauske*

Links blinken, rechts abbiegen?

Im Juli verschickte der Stadtverband der Marburger Grünen einen elektronischen Newsletter. Darin ärgerte sich die Partei über den Wegfall des 1000-Bäume-Programms in Marburg, warb für ihr Spitzenduo zur Bundestagswahl Cem Özdemir/Katrin Göring-Eckardt und freute sich, dass sie erneut das Drachenbootrennen bei „3TM“ gewonnen habe. So weit so gut. Am Ende des Newsletters fand sich die und abgebildete Grafik.

Welch berechnete Empörung über die Rechtsschwenke der SPD, mag sich der aufmerksame Leser denken. Doch Moment. Wer regiert in Wiesbaden nochmal mit der Rechtsaußen-CDU in der Tradition von Alfred Dregger, Manfred Kanther und Roland Koch? Welche Par-

tei hält sich ein Bündnis mit der CDU und CSU und damit mit Angela Merkel und Horst Seehofer ausdrücklich offen? Richtig, die Partei Bündnis 90/Die Grünen.

Wer sichergehen will, dass seine Stimme nicht indirekt bei CDU und CSU landet, wer seine Stimme einer Partei geben möchte, die ihre Grundsätze nach der Wahl nicht aufgibt, nur um den Preis des Mitregierens, der liegt bei der LINKEN richtig. Denn – egal ob Marburg, Wiesbaden oder Berlin – wir messen eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien daran, ob es gelingt, das Land sozialer, gerechter und friedlicher zu machen. Denn: „Links wahlkämpfen, rechts koalieren, nein Danke!“

Jan Schalauske

Wer regiert noch mal in Wiesbaden?

Aus: Newsletter der Marburger Grünen vom 24.7.2017



„Politische Landschaftspflege“

Zum Einfluss der Wirtschaft auf Entscheidungen von Bundestag und Kabinett

Rund 80 Prozent der Bevölkerung finden, dass die Politik der Autoindustrie nicht genug auf die Füße tritt. Denn sie stellen fest: Selbst nach den millionenfachen Manipulationen an Abgasanlagen einigte sich ein „Dieselgipfel“ (ohne Umwelt- oder Verbraucherverbände) auf eine „sanfte Entscheidung“. Keine Entschädigungen, Strafen oder tatsächlich wirksame Lösungen. Und das, obwohl jedem klar ist, dass es sich um einen unverfrorenen Betrug handelt, der die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung massiv in Mitleidenschaft gezogen hat.

Diese Vorgänge zeigen auf frappierende Weise, welch großen Einfluss die Wirtschaft auf politische Entscheidungsträger hat. Das kommt nicht von ungefähr. Die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik sind eng. So kennen manche Politiker/innen der etablierten Parteien kaum Scham, um aus Bundestag oder Kabinett mehr oder weniger direkt „in die Industrie“ zu wechseln. Dies betrifft im Besonderen die Autobranche, deren Chefs nicht nur eng mit den politischen Entscheidungsträgern verbunden sind, sondern die auch zu den fleißigsten Spendern an SPD, FDP und CDU zählt. So war etwa Matthias Wissmann, der heutige

Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, vor seinem Wechsel in die Autobranche Bundesverkehrsminister der CDU.

Auch wird das Auto, wie der „Dieselgipfel“ zeigt, gegenüber Bus und Bahn stark bevorzugt, mit enormen ökologischen Folgekosten.

Selbst in Marburg ist diese „politische Landschaftspflege“, wie sie der nach der Flick-Affäre verurteilte Manager von Brauchitsch nannte, spürbar. So gehört die Deutsche

Vermögensberatung (DVAG) der Marburger Pohl-Milliardäre zu den Top-Spendern, vorwiegend an die CDU. Sie bedachte auch die hiesigen Parteien. Ein Schelm, wer dabei an eine Ehrenbürgerschaft oder niedrige Gewerbesteuern denkt.

Parteispenden sind ein probates Mittel der Einflussnahme. Daher lehnt DIE LINKE Spenden von Unternehmen und Lobbyisten ab. Dann kann auch niemand Gegenleistungen einfordern. *Dorian Tigges*



... bis kein Gras mehr wächst

▲ In den Bienenstöcken am Hofgut Fortbach ist ebenso wie an anderen Standorten nur noch vereinzelt Leben anzutreffen

Jörg Behlen, der Kreisvorsitzende der FDP, will künftig seine Hände von der Landwirtschaft lassen. Das ist eine gute Nachricht. Wer beim Radeln über Ilschhausen nach Staufenberg an seinem abgelegenen Hofgut Fortbach vorbei kam, wun-

derte sich über das dortige Durcheinander. Als Neoliberaler hoffte Behlen wohl, dass die Marktkräfte alles richten würden.

Das klappte aber auch beim Vieh nicht. Deswegen musste er Bußgelder zahlen. Die große Weide am Hofgut war von seinen hungrigen Rindern derart abgefressen, dass auch heute dort nur noch Brennnesseln und Disteln wachsen. Den Bienen, die er sich später anschaffte, erging es nicht besser. Fast hundert Völker mussten dran glauben, weil Behlen sie im Stich ließ.

Nun die schlechte Nachricht. Behlen strebt eine extra für die FDP neu geschaffene Stelle beim hessischen Landeswohlfahrtsverband (LWV) an, gestützt von einer Koalition aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern. Hier wird offenbar der Fuchs zum Bewacher des Hühnerstalls gemacht. Behlen hat keinerlei Verwaltungserfahrung und sagt selbst, dass die Beschäftigung mit Wohlfahrt bei ihm eine „Wesensveränderung“ erforderlich mache.

Darauf haben schon seine Tiere vergeblich gehofft. *Nico Biver*

Busse ohne SPD-Plakate

Als 2015 der Marburger Oberbürgermeister gewählt wurde und in allen Bussen der Stadtwerke SPD-Plakate mit Thomas Spies prangten, wunderten sich die anderen Parteien. Wahlwerbung hatte es vorher in den Bussen nicht gegeben. Als die Marburger Linke ebenfalls werben wollte, hieß es, alle Werbeplätze seien bereits vergeben – nämlich an die SPD.

Dieses Jahr wieder das gleiche Spiel. Auf Nachfrage der LINKEN hieß es erst, Wahlwerbung gehe gar nicht, und später, nur an den Außenflächen nicht. Aber in den Bussen könne man werben – aber leider seien alle Werbeflächen bereits reserviert. Wie sich zeigen sollte, schon wieder für die SPD.

Das wiederum rief die Kreis-CDU auf den Plan, die behauptete, ihr hätte man zum Jahresanfang mitgeteilt, dass Buswerbung nicht möglich sei.

Und siehe da, OB Spies (SPD), der jetzt in Marburg mit der CDU regiert, sah sich genötigt, die Stadtwerke anzuweisen, die Plakate mit dem Konterfei Sören Bartols wieder aus den Bussen zu entfernen.

Ob damit dem Missbrauch der Stadtwerke für parteipolitische Zwecke ein Riegel vorgeschoben ist, wird sich zeigen. Werden die Vorkommnisse aufgearbeitet? Kommt es zu einer transparenten Regelung, die allen Parteien gleiche Möglichkeiten einräumt an und in Bussen zu werben? *Nico Biver*

Termine

- ▶ **Wahlabend der LINKEN**
So., 24. Sept., ab 17.30 Uhr,
Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus
- ▶ **Mitgliederversammlung** der
LINKEN Marburg-Biedenkopf
Do., 28. September, 19.30 Uhr,
Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus

Regelmäßige Termine

- im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg
- ▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr
 - ▶ **Kreis AG**, freitags, 16.30 Uhr
 - ▶ **SDS.die linke**, Studierendenverband, dienstags, 20.00 Uhr
 - ▶ **Stammtisch der LINKEN**
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr,
Schamdan, Weidenhäuser Str. 72

Impressum

Paroli

Herausgeber dieser Ausgabe:
DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.),
Nico Biver

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 11.9.2017

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Ich will:

- Infos über Treffen und Veranstaltungen
- Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Am 24. September DIE LINKE wählen!

„Deutschland geht es gut.“ Der Exportüberschuss ist weltweit Spitze. Aber offensichtlich landet das meiste so verdiente Geld in den Taschen der Reichen. Ein Großteil der Beschäftigten bezahlt das „Exportwunder“ mit stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen und viele Länder der EU mit Verschuldung und Arbeitslosigkeit.

Aber auch für die Allgemeinheit bleibt nicht viel übrig. Das Niveau der gesetzlichen Rente sinkt weiter, das Personal in der Kranken- und Altenpflege sowie in der Kinderbetreuung bleibt knapp und schlecht bezahlt, der Bestand an Sozialwohnungen nimmt rapide ab und trotz Klimawandel und Dieselskandal werden die öffentlichen Verkehrsmittel nicht massiv ausgebaut und verbilligt. Nur für eine Verdoppelung des Rüstungshaushaltes ist offensichtlich genug Geld da.

Dass sich an der Umverteilung zugunsten der Reichen nichts ändern soll, darin sind sich alle Parteien einig – mit Ausnahme der LINKEN. SPD und Grüne sind offensichtlich nicht gewillt, sich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen – dazu hätten sie in den letzten vier Jahren zusammen mit der LINKEN eine Mehrheit im Bundestag gehabt. Ein Politikwechsel geht nur durch die Stärkung der LINKEN.

Djamil Abdelkrim, Rentner | **Bayram Aksu**, Arbeiter, Kirchhain | **Wilfried Amediek**, Rentner | **Dr. Thorsten Arendt**, Informatiker | **Werner Bachmann**, Verwaltungsangestellter i.R., Schönstadt | **Thomas Backus**, Frührentner, Schönstadt | **Yannic Bakhtari**, Student/Journalist, Frankfurt | **Dr. Martin Baraki**, Wissenschaftler | **Renate Bastian**, Journalistin | **Tanja Bauder-Wöhr** | **Martis Bauß**, Lehrerin a.D. | **PD Dr. Johannes M. Becker** | **Angelika Becker**, Lehrerin **Benjamin B. Becker**, Fitness-Ökonom | **Franz Becker**, Fleischermeister | **Mirjam Becker**, Studentin | **Thomas Becker**, Musiker, Cyriaxweimar | **Charlotte Bernard**, Lehrerin i.R. | **Jule Bernshausen**, Angestellte/Pädagogin | **Neele Bernshausen**, Angestellte | **Nico Biver**, Angestellter | **Daniel Blatz**, Gewerkschaftl. Bildungsreferent | **Friedrich Bode**, selbstständig | **Roland Böhm**, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bundesvereinigung Lebenshilfe | **Greta Bonacker**, Schüler | **Gregor Bosch**, Student | **Heidi Boulnois**, Edertal | **Dr. des. Thimo Brestel**, Archäologe | **Franziska Brinkmann**, Kinderkrankenschwester | **Christian Bubel**, Apotheker, Lahntal | **Dr. Kurt Bunke**, Verwaltungsbeamter a.D., Cölbe | **Amelie Cavadar**, Lehrerin, Gießen | **Medine Celik**, selbstständig | **Dr. Ingeborg Cernaj**, Rentnerin, Kirchhain | **Prof. Dr. Hanna Christiansen** | **Sebastian Chwala**, Politikwissenschaftler | **Klaus Denfeld**, Schulleiter | **Frank Deppe**, em. Prof. für Politikwissenschaft | **Volrad Döhner**, Lehrer i.R. | **Florian Duchardt**, Student, Wetter | **Ulrike Eifler**, Gewerkschaftssekretärin | **Jounes Erojo**, Barkeeper | **Dr. Ilina Fach** | **Dr. Tilman Fischer** | **Heike Flach** | **Renate Fuchs**, Bürokauffrau, Rauschenberg | **Anne-Katrin Gabriel**, Tierarztthelferin | **Claudia Gabriel**, Selbstst. | **Klaus Gabriel**, Rentner | **Christel Gabriel-Zimmermann**, Rentnerin | **Bernd Georgy**, Lehrer i.R. | **Emma Giesen**, Schülerin | **Jörg Gogoll**, Psychoanalytiker | **Gert Gohde** | **Eva Chr. Gottschaldt**, selbstständig | **Frank Graf**, Angestellter | **Dennis Gräßler**, Altenpfleger, Kirchhain | **Martin Gronau**, Softwareentwickler | **Benjamin Günther**, Pädagoge | **Berthold Hahn**, Rentner | **Jürgen Hahn-Schröder** | **Bernd Hanemann**, Sozialarbeiter i.R. | **Inge Hartmann**, Erzieherin | **Dagmar Haß**, Sozialarbeiterin, Mücke | **Ursula Haupt**, Frührentnerin | **Thilo Haverkamp**, Student | **Reinhard Heck** | Stadtverordneter, Kirchhain | **Dr. Wolfgang „Harry“ Hecker**, Politikwissenschaftler/Künstler | **Karen Henkel**, Biedenkopf | **Isabella Hercher**, Pädagogin, Weimar | **Christoph Herrmann**, Tischlermeister/Betriebsrat | **Franz Hesse** | **Gerhard Hess**, Rentner | **Prof. Dr. Lutz Heusinger** | **Dunja Hilgenberg**, Erzieherin/Diakonin, Cyriaxweimar | **Jasmin Hill**, Fotografin | **Heidemarie Hoffmann**, Rentnerin | **Anna Hofmann**, Politikwissenschaftlerin | **Michael Horstmann**, Dipl.-Pädagoge | **Burkhard Höse**, Software-Entwickler, Biedenkopf | **Hansherbert Huberty**, Techniker, Schweinsberg | **Eva Huke**, Sozialpädagogin, Willingshausen | **Maria Jacobsohn**, Lehrerin | **Maria Jaeger**, Amöneburg-Mardorf | **Alex Jäger**, Musiker/Dozent | **Reinhold Jäger**, Lehrer i.R. | **PD Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll** | **Erwin Junker**, Lehrer i.R. | **Hans Junker**, Lehrer i.R. | **Thoams Jusek**, Kaffeeröster | **Markus Karger**, Bundesvorstandsmitglied der Kirchengewerkschaft, Wetter | **Philip Kaufmann**, Angestellter | **Hanne Kießelbach**, Kirchhain | **Hans-Joachim Kirschner**, Rentner | **Udo Kirst**, Heilpraktiker, Düsseldorf | **Angelika Klassen**, Studentin | **Dieter Kloszowski**, Dipl.-Ing. i.R. | **Kurt Knieriem**, Dipl.-Biologe | **Urs Kollhöfer**, Studierender | **Astrid Kolter**, Dipl.-Psychologin | **Dieter Kombächer**, Hausmeister/ver.di-Vertrauensmann | **Henning Köster**, Lehrer i.R. | **Annette Kreuzberger**, Rentnerin | **Martin Krieger**, Wetter | **F. Philipp Krüger**, Student/selbstständig | **Tobias Landsbeck**, Studierender | **Annikä Langer**, Rentnerin/Autorin | **Sandro Laukel**, Anlagenmechaniker | **Gisela Lechner-Böhm**, Erzieherin | **Nicole Leidecker**, Studentin | **Arnold Leiter**, Rentner | **Claudia Leiter-Waibl**, Physiotherapeutin | **Silvia Lerch-Denfeld**, Fachbereichsleiterin | **Ralf Liese** | **Godela Linde**, Rechtsanwältin | **Lothar Lindner**, Steinmetz, Siegbach | **Peter Lob** | **C. Lorenz** | **Ludwig Luttrupp**, Lehrer i.R. | **Dietlind Maier-Metz** | **Harald Maier-Metz** | **Ria Matwisch**, Kinder- und Jugendpsychotherapeutin | **Hannes Klaas Mecklenburg**, Student | **Erwin Meier**, Korrektor | **Philipp Meine**, Literaturwissenschaftler | **Wolfgang Meinert**, Dipl.-Pädagoge | **Gisela Merten**, Rentnerin | **Pit Metz** | **Gert Meyer** | **Freia Meyer**, Rentnerin | **Christa Meyszner**, Rentnerin | **Ingrid Michaelis-Braun**, Dipl.-Pädagogin | **Sara Müller**, Studentin | **Eberhard Otto**, Rentner | **Ralf Paul**, Schornsteinfeger, Angelburg-Frechenhausen | **Maximilian Peter**, Einzelhandelskaufmann | **Melanie Peter**, Mutter, Kirchhain | **Sebastian Philipp**, Student/Sozialpädagoge | **Gundolf Pitzer**, selbstst. Handwerker | **Antonius Pothof**, Rentner | **Prof. Dr. Holger Probst** | **Matthias Quednau** | **Arnold Radtke**, Kundenberater Telekommunikation, Wetter | **Helmut Reimschüssel**, Rentner | **Walter Reinl**, Wetter | **Elke Rienhoff-Kühnl**, Rechtsanwältin | **Prof. Rainer Rilling**, Soziologe | **Ursula Ritter**, Dozentin für Literatur | **Maria Roehm**, Arztschreibkraft | **Prof. Dr. Eckhard Rohrmann** | **Dr. Songül Rolfs**, Uni-Dozentin, Salzböden | **Michael Rose**, Schreiner, Siegbach/Burbach | **Jörg Rüstmeier**, Dipl.-Theologe und Lehrer | **Dr. Zohreh Salali**, Angestellte, Würzburg | **Miguel Angel Sanchez Arevalo**, Sozialhelfer | **Hans-Erich Schäfer**, Rentner | **Birgit Schäfer-Biver**, Künstlerin | **Jan Schalauske**, Mitglied des Landtages | **Christine Schardt**, Rentnerin | **Dr. Günter Schärer-Pohlmann**, Beamter | **Michael Schielke**, Bauingenieur | **Johannes Schlag**, Schüler, Lohra | **Petra Schlag**, Krankenschwester/Ergotherapeutin | **Daniel Schmidt**, Angestellter, Schwalmstadt | **Karl-Heinz Schmidt**, Rentner | **Stephanus Schmiedel**, Arzt, Ebsdorfergrund | **Utta Schmiedel**, Dipl.-Pädagogin | **Alexander Schmoldt**, Soldat | **Claus Schoendorf**, Dipl.-Psychologe | **Max Schöne**, Student | **Dr. Christian Schönholz**, wiss. Mitarbeiter | **Ralf Schrader**, Lehrer i.R. | **Adeline Schröder** | **Stefan Schulte**, Forschungsreferent (UMR) | **Karin Schwalm**, Lehrerin | **Jonathan Schwarz**, Student | **Bärbel Schwarz-Köppel**, Dipl.-Oecotrophologin | **Christa Seip**, Bibliothekarin/Personalrätin | **Hauke Sievers**, Schulbegleiter | **Hans-Jürgen Sitt**, Stadtrat, Kirchhain | **Andrea Sollwedel**, Supervisorin | **Prof. Dr. Gert Sommer** | **Theodor Sperlea**, Doktorand | **Jonas Stach**, Studierender | **Klaus P. Stock**, Rentner | **Rosemarie Stroop** | **Inge Sturm**, Stadtführerin | **Wolfgang Sutter**, Freigeist | **Lorett Theis**, Angestellte | **Michael Thiel**, Arzt, Kirchhain | **Sigrid Thiessen**, Busfahrerin, Kirchhain | **Dorian Tigges**, Student | **Dieter Unseld**, Rechtsanwältin | **Sigrun Valentin-Bette**, Ev. Pastorin i.R. | **Adrian Wagner** | **Kai Wagner** | **Barbara Wagner**, Angestellte | **Friedemann Wagner**, Angestellter | **Brigitte Walbe**, Kunsthistorikerin | **Dr. Hartwig Weber**, Dipl.-Chemiker | **Konrad Weber**, Rentner, Kirchhain | **Daniel Weith**, Zusteller | **Loreidel Weith**, Mutter | **Dr. Ulrich Wengeler** | **Peter Wiersbin** | **Waltraud Winkels-Neubauer**, Lehrerin i.R. | **Andrea Winter**, Pädagogik-Studentin | **Stefanie Wittich**, Referentin der Frauenbeauftragten (UMR) | **Dr. Markus Wöhr**, Dipl.-Psychologe | **Leon Wollmer**, Selbstständiger, Wetter | **Stefan Zelder**, Angestellter | **Hajo Zeller**, Schankkellner i.R. | **Werner Zentner**, Sachbearbeiter | **Christiane Zielosko** | **Christian Zimmermann**, Arzt | **Rainer Zuch** | **Gudrun Zühlke** | **Walter Zühlke**

Bis zum 11. September haben 218 Personen den Wahlauftrag unterstützt. Bei Personen, die außerhalb Marburgs leben, ist der Ort angegeben.

Den Aufruf unterschreiben unter: www.die-linke-marburg.de/?page=181

Wir rufen auf, DIE LINKE zu wählen,

- weil sie die Aushöhlung der gesetzlichen Rente beenden und das Rentenniveau durch die Einbeziehung aller Einkünfte wieder deutlich anheben will;
- weil sie die Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens durch eine paritätische und solidarische Krankenversicherung beheben will, indem alle Einkommen hierzu herangezogen werden;
- weil sie prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen und den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen will;
- weil sie Hartz IV durch eine Grundsicherung von 1.050 Euro im Monat ersetzen will;
- weil sie die Vermögensteuer wieder einführen und Millionär/innen höher besteuern will;
- weil sie sich gegen alle Militäreinsätze der Bundeswehr, gegen jeglichen Rüstungsexport und gegen jede Erhöhung des Kriegshaushaltes ausspricht.

Nur bei der LINKEN können wir sicher sein, dass sie sich nicht an einer Regierung Merkel beteiligen wird.

Am 24. September Druck für soziale Gerechtigkeit und Abrüstung machen!

Am 24. September DIE LINKE wählen!



Foto: Norbert Staudt / pixelio.de

Wählen vor der Wahl

Wer am 24. September, dem Tag der Bundestagswahl, nicht am Hauptwohnsitz ist oder wer keine Lust hat, im Wahllokal zu wählen, kann seine Stimme per Briefwahl abgeben.

Wenn aber kurz vor der Wahl die Zeit nicht mehr reicht, sie zu beantragen, kann man die Unterlagen beim Wahlamt abholen, und dort sogar sofort wählen.

In Marburg ist das Wahlamt im Rathaus, Markt 1, bis zum 22. September geöffnet: montags bis mittwochs jeweils von 8 bis 16 Uhr, donnerstags und am Freitag vor der Wahl von 8 bis 18 Uhr.

Die ausgefüllten Stimmzettel können per Post geschickt werden (am besten bis zum Mittwoch 20.9.) oder – im Falle Marburgs – bis spätestens 18.00 Uhr am 24. September in den Briefkasten am Rathaus eingeworfen werden.

Spenden hilft

DIE LINKE rechnet sich

Da wir Spenden der DVAG und anderer Konzerne ablehnen, brauchen wir Zuwendungen unserer Wähler/innen, um Wahlkämpfe zu stemmen.

Eine Investition in DIE LINKE könnte sich rentieren, weil dadurch eine Mindestrente von 1.050 Euro, der Bau von mehr Sozialwohnungen oder ein Mindestlohn von 12 Euro wahrscheinlicher werden.

Und wer die Spende beim Finanzamt geltend macht, kann bis zur Hälfte zurückerstattet bekommen.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
IBAN DE27 5139 0000 0017 6239 07
Volksbank Mittelhessen
BIC: VBMHDE5F